

Jan-Werner Müller, Das demokratische Zeitalter. Eine politische Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert, Suhrkamp Verlag, Berlin 2013, 509 S., geb., 39,95 €.

In der gut lesbaren deutschen Übersetzung seines ursprünglich 2011 in der Yale University Press erschienenen Buchs „Contesting Democracy: Political Ideas in Twentieth-Century Europe“ zeichnet Jan-Werner Müller, Professor für politische Theorie und Ideengeschichte an der Princeton University, in großen Linien, von komprimierten biografischen Porträts der intellektuellen Protagonisten flankiert, pointiert die Entstehung und Entwicklung der wichtigsten politischen Theorien und Ideengebäude des 20. Jahrhunderts in ganz Europa nach.

Der Zeitrahmen für Müllers Darstellung ist das „Zeitalter der Extreme“ (Eric Hobsbawm): Die Zeit vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende des Kalten Kriegs. Für Müller ist dies aber auch „das demokratische Zeitalter“, denn in diesem Zeitraum sei Demokratie die wichtigste Legitimationsquelle politischer Herrschaft in Europa gewesen. Vor dem Ersten Weltkrieg habe ein „Zeitalter der Sicherheit“ (S. 21) geherrscht, das durch einen liberalen Fortschrittsoptimismus, Frieden, ökonomische Interdependenz, internationale Kooperation und globale europäische Vorherrschaft sowie langsame Liberalisierung bei gleichzeitigem Fortbestand der Legitimität von Monarchien gekennzeichnet gewesen sei. Der Erste Weltkrieg jedoch habe einen „Abschied von (fast) alledem“ (S. 32) bedeutet. Es verflüchtigten sich nicht nur die optimistische liberale Weltanschauung und der Glaube, Europa könne dauerhaft die Welt dominieren, sondern dynastische Formen politischer Herrschaft, feudale Hierarchien, Einschränkungen des Wahlrechts und nicht nationale Formen von Staatlichkeit verloren innerhalb kürzester Zeit an Legitimation. Stattdessen begann das Zeitalter „des demokratischen Massenstaats“ (S. 51). Von nun an mussten sich politische Herrschaftsansprüche am Leitbild der Demokratie orientieren.

Selbst totalitäre Ideologien wie Faschismus, Nationalsozialismus und Kommunismus – das ist die zentrale These von Müllers Ideengeschichte – beriefen sich zu ihrer Legitimation regelmäßig auf demokratische Ideale und behaupteten, diese besser als parlamentarische Systeme zu verwirklichen. Für Faschisten verkörperte der Führer das Volk und führte dessen Willen aus. Auf diese Weise erhoben sie diese Form politischer Herrschaft zur angeblich demokratischsten. So erklärte Giovanni Gentile, italienischer Faschismustheoretiker und Ideengeber des Duces, 1927: „Der faschistische Staat [...] ist ein Volksstaat und als solcher der demokratische Staat par excellence“ (S. 180). Die Konzentration des Volkswillens auf eine einzelne charismatische Person und die Massenakklamation ersetzten für Faschisten die Prinzipien der Repräsentation beziehungsweise der „mechanischen Rechenschaft durch Wahlen“ (S. 198). Für die Stalinisten war das Proletariat das Volk und folglich war die Kommunistische Partei als Vertreterin des Proletariats die Organisation des Volks und damit demokratisch legitimiert. So bezeichnete Stalin die 1936 verkündete Verfassung der UdSSR als „die einzig bis ins letzte demokratische Verfassung der Welt“ (S. 144). Auch die sogenannten „Volksdemokratien“, die nach dem Zweiten Weltkrieg in Osteuropa installiert wurden, konkurrierten mit den westeuropäischen Staaten um das Etikett der „besseren Demokratie“ (S. 267). Trotz der tatsächlichen Existenz totalitärer und autoritärer Herrschaftsformen sei das „kurze 20. Jahrhundert“ (Hobsbawm) deshalb laut Müller ein „Zeitalter der Demokratie“ gewesen, in dem die politischen Auseinandersetzungen vor allem über unterschiedliche Konzeptionen von Demokratie geführt worden seien.

Angesichts der Erfahrung des Faschismus sowie der Herausforderung des sowjetischen Sozialismus entwickelten die Westeuropäer nach 1945 dann „eine hochgradig eingeschränkte Form von Demokratie, der das Mißtrauen gegen die Volkssouveränität [...] nachhaltig eingepägt

war“ (S. 217). Die Einrichtung von Verfassungsgerichten in der Bundesrepublik, Italien und später auch in Frankreich sollte der vox populi Grenzen setzen, um die Nachkriegsdemokratien zu disziplinieren und die parlamentarischen Systeme vor weiteren totalitären Experimenten zu bewahren. In der Bundesrepublik wurden antidemokratische Parteien verboten. Der expandierende Wohlfahrtsstaat sollte die Bevölkerungen vor den Versprechungen des Kommunismus immunisieren und im Falle der Bundesrepublik und Italiens einen Rückfall in den Faschismus verhindern. Außerdem wurden – nach Müller: bewusst – Souveränitätsrechte auf die europäische Ebene übertragen, um diese dem direkten Zugriff des Volks, das sie missbrauchen könnte, zu entziehen. „Die Mitgliedsstaaten gaben bewußt Machtbefugnisse an Institutionen, über die ihre Bürger nicht entschieden hatten, sowie an supranationale Körperschaften ab, um liberaldemokratische Prinzipien ‚einzubetonieren‘ und jeden Rückfall ins Autoritäre zu verhindern“ (S. 251). Die Bewegung, die diese politische Ordnung der Nachkriegszeit gestaltete, den europäischen Einigungsprozess in die Wege leitete und den modernen Wohlfahrtsstaat institutionalisierte, war im kontinentalen Westeuropa (also in der Bundesrepublik, den Beneluxstaaten, in Frankreich und Italien) dabei nach Müller nicht die Sozial-, sondern die der Volkssouveränität mitunter skeptisch gegenüberstehende Christdemokratie. Nur Großbritannien und Schweden wurden in den Nachkriegsjahren sozialdemokratisch geprägt. Müller sieht in der Christdemokratie – die sich durch die Versöhnung des Katholizismus mit der Demokratie kennzeichnete, religiös inspirierte, naturrechtliche Grundlagen der Volksherrschaft betonte und die Demokratie durch ein traditionelles moralisches Vokabular rechtfertigte – denn auch die „wichtigste ideologische Innovation der Nachkriegszeit“ (S. 219). Das ist die zweite zentrale These des Werks.

Die von Christdemokraten maßgeblich geprägte institutionelle Ordnung, die Müller als „disziplinierte Demokratie“ (S. 248) bezeichnet, überlebte in der Folge beide großen politischen Herausforderungen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts: die Revolte der 68er gegen den Nachkriegskonstitutionalismus, die „formale Demokratie“ und den „autoritären Wohlfahrtsstaat“ (S. 299) sowie den Versuch von Neoliberalen, den Staat und vor allem den Wohlfahrtsstaat zurechtzustutzen. Beide Bewegungen waren letztlich erfolgreicher bei der Revolutionierung von Werten und Kultur als in ihren Angriffen auf das Institutionengefüge und die politische Ordnung. Im Gegenteil: Müller sieht in den 68ern letztlich sogar einen Erfolg der christdemokratisch begründeten Nachkriegsverfassung, da diese, wie sich in den 1960er und 1970er Jahren zeigte, „mit einer kulturellen Liberalisierung vereinbar war“ (S. 339). Nach 1990 dehnte sie sich darüber hinaus auch noch auf Osteuropa aus.

Müllers Überblick über die politische Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert behandelt eine schier unerschöpfliche Bandbreite an Intellektuellen, Ideologien und politischen Theorien wie den Austromarxismus, Gildensozialismus, Korporatismus, Situationismus, Personalismus, der Frankfurter Schule oder den schwedischen Volksheim-Idealismus. Ihm gelingt es dabei in seiner klar strukturierten, von stupendem Wissen geprägten und zugleich lesbaren intellektuellen *tour de force*, komplizierte intellektuelle Zusammenhänge verständlich zu machen und gedanklich zusammenzufassen. Hervorzuheben ist ebenfalls, dass Müller ganz Europa einbezieht und seine Untersuchung nicht auf die westeuropäischen Länder beschränkt und dass er auch weniger bekannte Akteure und Ideen behandelt, die teilweise demokratiefeindlich, aber, wie Müller zeigt, eben doch Teilnehmer am Demokratiediskurs waren. Er präsentiert kein simplifizierendes Fortschrittsnarrativ, das den unaufhaltsamen Siegeszug der Demokratie zelebriert, sondern er stellt die Geschichte der Demokratie in ihrer Komplexität dar, indem er etwa zeigt, dass auch Faschisten und Stalinisten demokratische Prinzipien für sich reklamierten und totalitäre Ideologien eben nicht vor, sondern gerade in dem Zeitalter der Massendemokratie Gehör fanden: Kommunismus und Faschismus versprachen keine vordemokratischen Zustände, sondern die echte Verwirklichung demokratischer Werte wie Gleichheit und Teilhabe an der politischen Gemeinschaft – auch wenn sie schließlich das Gegenteil praktizierten. Müllers differenzierter Ansatz wird auch deutlich, wenn er erklärt, dass die bisher so stabile Nachkriegsordnung in weiten Teilen Westeuropas nicht die Erfüllung basisdemokratischer Ideale versprach, sondern im Gegenteil mit einer

gehörigen Portion von Misstrauen gegenüber dem Volkswillen gestaltet wurde. So interpretiert er denn den europäischen Einigungsprozess auch als eine Flucht vor der Volkssouveränität. Schließlich zeichnet sich sein Werk dadurch aus, dass er die Ideengeschichte als Teil der Politikgeschichte versteht, indem er den Einfluss von Ideen und Theorien auf Institutionen und politisches Handeln nachzeichnet, aber auch erklärt, wie sich Ideengerüste anhand praktischer politischer Erfahrungen und Einsichten wandeln.

Zum Schluss seien noch drei kritische Anmerkungen erlaubt. Erstens leuchtet inhaltlich nur die Zäsur des Ersten Weltkriegs ein. Warum die Untersuchung aber um 1990 endet, ist nicht klar. „Das demokratische Zeitalter“ ist mit Ende des Kalten Kriegs und dem Zusammenbruch der sozialistischen „Volksdemokratien“ ja nicht vorbei. Hier zeigt sich die grundsätzliche Schwierigkeit der Zeitgeschichte, Epochengrenzen der jüngsten Vergangenheit zu ziehen, da dafür der historische Abstand fehlt. Zweitens betrachtet Müller Europa zu sehr als hermetisch abgeschlossenen und einheitlichen Raum. Auf der einen Seite mag sein Fokus darauf verständlich sein, da die Demokratie ideengeschichtlich tatsächlich in Europa „erfunden“ wurde und hier ihre bedeutendsten Theoretiker fand. Auf der anderen Seite ist gerade für die Zeit des Kalten Kriegs der Einfluss amerikanischer Ideengeber nicht von der Hand zu weisen. Man denke nur an die Rolle, die aus ihrem amerikanischen Exil zurückkehrende Remigranten wie Ernst Fraenkel, der in Müllers Studie kaum Erwähnung findet, im Nachkriegseuropa spielten, oder an die Bedeutung transatlantischer Intellektuellennetzwerke wie den „Kongress für kulturelle Freiheit“. Drittens bleibt Müller den Beweis für die politische Breitenwirkung der von ihm besprochenen Theorien und Gedankengebäude teilweise schuldig. Müller will sich ausdrücklich nur mit politischen Theorien befassen, „die politisch folgenreich waren“ (S. 9). Streckenweise ist seine Studie aber eine Intellektuellengeschichte, die nicht deutlich macht, wie die abstrakten Ideen in den Medien popularisiert und in der breiten Bevölkerung rezipiert wurden. Dies ist jedoch weniger eine Kritik als vielmehr ein Aufruf, Müllers Thesen als Anlass zu nehmen, in Einzelstudien zu überprüfen, wie die von ihm so scharfsinnig analysierten Ideen medial verarbeitet und von den politischen Eliten aufgegriffen wurden. Diese Hinweise stellen die Bedeutung dieser ideengeschichtlichen Arbeit, an der kaum ein europäischer Zeithistoriker herumkommen wird, deshalb in keiner Weise infrage.

Jasper M. Trautsch, London

Zitierempfehlung:

Jasper M. Trautsch: Rezension von: Jan-Werner Müller, Das demokratische Zeitalter. Eine politische Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert, Suhrkamp Verlag, Berlin 2013, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 54, 2014, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81545>> [14.4.2014].